STADT | TORNESCH

Niederschrift

Gremium:	Hauptausschuss		
Sitzungsnummer:	**HA 13/74**	**Sitzungsdatum:**	**18.02.2013**
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr	Sitzungsende:	20:13 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7		

Anwesenheit:

Anwesende Mitglieder

Sitzungsleitung

Herr Gunnar Werner - FDP Tornesch	Ausschussvorsitzender

Gremienmitglieder

Frau Verena Fischer-Neumann - SPD Tornesch	Ausschussmitglied
Herr Ingo Früchtenicht - SPD Tornesch	Ausschussmitglied
Herr Horst Lichte - SPD Tornesch	Ausschussmitglied
Herr Gerd Nellissen - B90/GRÜNE Tornesch	Ausschussmitglied
Frau Heide-Marie Plambeck - CDU Tornesch	Ausschussmitglied
Herr Andreas Quast - CDU Tornesch	Ausschussmitglied
Herr Christopher Radon - CDU Tornesch	Ausschussmitglied
Herr Helmut Rahn - B90/GRÜNE Tornesch	Ausschussmitglied

Teilnehmer Kraft Amt

Herr Roland Krügel - Bgm. Tornesch	Mitglied ohne Stimmrecht

Verwaltung

Frau Marion Grün - Verwaltung Tornesch	Amtsleiterin
Herr Torsten Kopper - Verwaltung Tornesch	Amtsleiter
Frau Inga Pleines - VHS Tornesch-Uetersen	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Sven Reinhold - Verwaltung Tornesch	Verwaltungsmitarbeiter
Frau Inga Ries - Verwaltung Tornesch	Büroleiterin
Frau Vera Ellerbrock - Verwaltung Tornesch	Protokollführerin

Gäste

Herr Peter Daniel - SPD Tornesch	Gast
Herr Rolf König - SPD Tornesch	Gast

Herr Joachim Reetz - CDU Tornesch	Gast
Herr Henry Stümer - CDU Tornesch	Gast
Frau Monika Zwicker -	Gast

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2012	
3	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
4	Bericht der Verwaltung -öffentlicher Teil-	**VO/13/489**
5	Berichtswesen gemäß Richtlinien der Stadt Tornesch	
5.1	Ausführung der Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung	**VO/12/285**
5.2	Sozialdaten zum 31.12.2012	**VO/13/466**
6	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
8	Änderung der Hauptsatzung	**VO/12/438-1**
9	Erlass einer 4. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Tornesch über die Entschädigung in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung)	**VO/13/490**
10	Austausch der Bestuhlung im Rathaus	**VO/13/485**
Nicht-öffentlicher Teil		
11	Neubesetzung des Schiedsamtes	**VO/13/475**
12	Bericht der Verwaltung -nichtöffentlicher Teil-	**VO/13/488**
13	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
14	Personalangelegenheiten aus dem Beamtenbereich	**VO/13/487**

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung des Hauptausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung gehen keine Änderungswünsche ein. Im Anschluss daran wird über die Tagesordnung und über den Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2012

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Änderungswünsche zur Niederschrift vom 10.12.2012 gehen nicht ein. Anschließend erfolgt die Abstimmung.

TOP 3 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Herr Holger Stoss, wohnhaft Friedrichstraße 32 in Tornesch hat vorab schriftlich folgende Anfragen an den Hauptausschuss gestellt und bittet um Beantwortung seiner Fragen.

Frau Ries verliest die einzelnen Anfragen und beantwortet diese wie folgt im Anschluss.

Einwohnerfragen zum Hauptausschuss am 18.02.2013

1.) Zu Top 10 - Stühlebeschaffung
Bitte um Erläuterung, unter welchen Bedingungen die in der Vorlage genannten Preise entstanden sind.
Also unter welchen Kriterien die Preisumfrage stattgefunden hat.
Dazu gehört die Menge der beteiligten Firmen und die Qualitätsanforderungen!
Sowie die Bedingungen für die bei positiven Beschluss im HA am 18.02.2013 erfolgende Ausschreibung.
Begründung: Denn 500 Euro pro Stuhl und 1000Euro pro Tisch erscheinen nicht überzeugend.

Antwort: Es hat bisher eine Markterkundung gegeben. Ob die Mittel freigegeben werden und unter welchen Bedingungen sie erfolgt entscheidet der Hauptausschuss. Natürlich hätte die Verwaltung auch billigeres Gestühl vorschlagen können. Dann ist aber nicht mit einer langen Lebensdauer zu rechnen. Das endgültige Ergebnis kann nur durch eine Ausschreibung ermittelt werden.

2.) Wieso soll das Rathaus trotz Fusionsbestrebung mit ungewissem Ausgang überhaupt noch schnell mit neuem Glanz versehen werden, wo dies doch bei Erfolg der Fusion und dann vielleicht erforderlichen Verkauf des Gebäudes , sinnlos wäre, da dies den Verkaufspreis nicht beeinflussen würde? (Prinzip der sparsamen Haushaltsführung) Die vorhandenen Stühle erfüllen die derzeit sichtbaren Kriterien, stapel- und koppelbar bereits und sind bei weitem noch nicht unbrauchbar.
Orthopädisch gesehen bringt das vorgestellte Modell auch keine Vorteile.

Antwort: Nach annähernd 30 Jahren zeigen auch die vorhandenen Stühle Verschleißerscheinungen. Zudem sind sie für mehrstündiges Sitzen nicht geeignet.

3.) Wie wird der in der Vorlage zur Hauptsatzung genannte Grund der Zeitverzögerung bei geringeren Höchstbeträgen für die freie Vergabe des Bürgermeisters belegt?
Begründung:
Es hat den Anschein, dass der Einfluss der Selbstverwaltung hiermit unterlaufen werden kann.
Mir ist bisher keine Maßnahme bekannt, wo diese bei den bisherigen Wertgrenzen einen Nachteil für die Stadt haben könnte, die Zeitverzögerung betrüge maxmal einen Monat.

Antwort: Die Anhebung der Wertgrenzen erscheint der Verwaltung als kein adäquates Mittel um Vergabeentscheidungen zu beeinflussen. Es ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Nach Durchführung einer Ausschreibung ist der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen, egal ob dies der Bürgermeister oder ein Ausschuss entscheidet, das Ergebnis ist dasselbe. Es kommt aber auf jeden Fall zu einer Zeitverzögerung. Soll von dem wirtschaftlichsten Angebot aus bestimmten Gründen abgewichen werden, entscheidet gem. § 10 Abs. 2 der Hauptsatzung eh der Fachausschuss. Um seitens der Politik ein Vergabeverfahren zu beeinflussen, muss dies vor der Festlegung der LV's geschehen, z.B. durch einen Sperrvermerk oder Einzelbeschlüsse.

4.) Gibt es die und welche?

Allerdings würde die vorgeschlagene Veränderung eine allein durch den jeweiligen Verwaltungsleiter bestimmte, von ihm formulierte Ausschreibung ermöglichen.
In Verbindung von §8.4 und §14.1 neu wäre also eine Ausschreibung der gesamten 200 Stühle, Tische ohne Beteiligung der Selbstverwaltung möglich.
Antwort: Nein. Die Ausschreibung schon, die Selbstverwaltung legt aber fest, ob und was ausgeschrieben werden soll.

5.) Halten die Ausschussmitglieder die einzig in der UENA veröffentlichten Bekanntmachungen für ausreichend (§16)?

Antwort: Die Querverweise zur Internetveröffentlichung erfolgen auch durch Abdruck in der Uena. Die in § 16 Abs. 2 genannte Äußerung betrifft nur Veröffentlichungen im Bauleitverfahren. Eine Veröffentlichung in der Uena ist folgerichtig.
Herr Stoss fragt an, ob auch die Schaukästen weiterhin erhalten bleiben. Frau Ries bejaht dies.

TOP 4 Bericht der Verwaltung -öffentlicher Teil-

Frau Ries erläutert den Bericht.

Fusion der Städte Tornesch und Uetersen:

Frau Ries berichtet, dass das Unternehmen Rambøll Management Consulting die Arbeitsergebnisse auf dem nächsten gemeinsamen Ausschuss am 05.03.2013 vorstellen wird. Das Gutachten selbst soll in den Bürgerveranstaltungen am 16.04.2013 in Uetersen und am 17.04.2013 in Tornesch vorgestellt werden.

Terminverschiebung der Ratsversammlung:

Frau Ries fragt an, ob auf Wunsch der Bürgervorsteherin die Ratsversammlung vom 19.03.2013 auf den 12.03.2013 vorverlegt werden kann. Frau Fischer-Neumann will dies auf der nächsten SPD-Fraktionssitzung abklären und Frau Ries dementsprechend informieren.

TOP 5 Berichtswesen gemäß Richtlinien der Stadt Tornesch

TOP 5.1 Ausführung der Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung

Frau Ries erklärt, dass irrtümlicherweise eine veraltete Mitteilungsvorlage mitgeschickt wurde und verteilt daraufhin die aktuelle Vorlage. Herr Krügel berichtet, dass Tornesch immer mehr Asylbewerber zugewiesen bekommt. Die Unterkünfte müssen daher optimiert werden. Eine dementsprechende Vorlage erfolgt später. Herr Quast fragt an, ob die Ordnungsverfügungen auch für den ruhenden Verkehr gelten. Herr Reinhold verneint dies.

TOP 5.2 Sozialdaten zum 31.12.2012

Keine Aussprache.

TOP 6 Anfragen von Ausschussmitgliedern

JSSKB-Ausschuss 11.02.2013 – Außenanlagen Fritz-Reuter-Schule

Herr Rahn bezieht sich auf den letzten JSSKB-Ausschuss vom 11.02.2013, auf dem er angefragt hat, warum für die Außenanlagen der Fritz-Reuter-Schule vier Entwürfe gemacht worden sind. Er bekam zur Antwort, dass dies der Ausschuss seinerzeit so beschlossen habe. Herr Rahn verliest Auszüge aus der dementsprechenden Niederschrift, die besagt, dass lediglich ein Planungsentwurf gemacht werden sollte. Zusammenfassend bemängelt Herr Rahn, dass die Beschlüsse oft nicht umgesetzt werden. Frau Fischer-Neumann erklärt, dass seinerzeit bei einer Besichtigung der Fritz-Reuter-Schule vereinbart wurde mehrere Entwürfe für den Eingangsbereich zu fertigen. Die Anwesenden sind damals davon ausgegangen, im Sinne der Ausschussmitglieder zu handeln. Vielleicht waren es keine vier Entwürfe, aber es sollten auf jeden Fall Pläne gemacht werden. Herr Krügel ergänzt, dass allein schon zwei Entwürfe für den Mensa-Bereich gemacht wurden, die dann aber aus Kostengründen wieder verworfen worden sind. Des Weiteren bemängelt Herr Rahn, dass im Ratsinformationssystem ALLRIS nicht alle Vorlagen bzw. Pläne hinterlegt sind, so dass es oft sehr schwierig ist gezielt zu recherchieren.

TOP 7 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Werner berichtet, dass zum einen die Wahl von Frau Arlt als neue Schiedsfrau als auch mehrere Ankäufe von Ausgleichsflächen beschlossen wurde.

TOP 8 Änderung der Hauptsatzung

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgrund der Beratung über die Änderungen in der Hauptsatzung beauftragt, einen Entwurf der 6. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Tornesch vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Frau Ries erläutert die Vorlage und schlägt vor, die gesetzlichen Änderungen sowie die Änderungsvorschläge der Verwaltung im Einzelnen durchzugehen.

Seite 6/7 – § 6 (1) d - Umweltausschuss:

Die Verwaltung plädiert dafür, den Ausschuss der Einfachheit halber weiterhin „Umweltausschuss“ zu nennen. Herr Radon könnte dem zustimmen, wenn sichergestellt ist, dass die Themen Klima, Energie, Telekommunikation sowie Ver- und Entsorgung dort beraten werden. Frau Ries erinnert daran, dass auf Grund der Doppik auch die Zuständigkeiten der Fachausschüsse angepasst werden müssen. Herr Krügel erklärt, dass das Thema „Breitband“ sowie die Ver- und Entsorgung (SWT und Abwasserbetrieb) weiterhin in den jetzigen Fachausschüssen verbleiben sollen. Herr Rahn schließt sich der Meinung von Herrn Krügel an.

Seite 8 - § 7 – Aufgaben der Ratsversammlung:

Frau Ries erläutert die Änderungen und ergänzt, dass der Ratsversammlung 1 x jährlich über die Annahme von Spenden, Schenkungen o.ä. Zuwendungen ein Bericht vorgelegt wird.

Seite 9 - § 8 (2) 4. – Erwerb von Vermögensgegenständen:

Herr Rahn spricht sich dafür aus, dass die Wertgrenze von 15.000 € nicht überschritten wird. Die Fraktionen der CDU und der SPD sind der gleichen Auffassung.

Seite 10 – § 8 (2) 11. – Erklärung oder Versagung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB für Bauvorhaben bis 1.000 m² umbauten Raum:

Die CDU-Fraktion wünscht keine Veränderung. Herr Krügel erinnert daran, dass das gemeindliche Einvernehmen im Zweifel vom Kreis ersetzt werden kann, da hier ein gebundenes Ermessen berücksichtigt werden muss. Außerdem informiert die Verwaltung grundsätzlich über größere Maßnahmen. Frau Fischer-Neumann würde dies gerne erneut in der nächsten Fraktionssitzung beraten. Herr Quast hält es für praktikabel, diesen Punkt auch weiterhin im Bauausschuss zu beraten.

Seite 11 - § 9 (2) 7. – Erwerb von Vermögensgegenständen einschließlich Grundstücken:

Keine Änderung erwünscht

Seite 11 - § 9 (2) 10. – Bürgermeisterwahl:

Herr Krügel erklärt, dass der Gesetzgeber hier die Politik stärken will und somit klargestellt wird, dass die Parteien einen Kandidaten aufstellen können und nicht die Fraktionen.

Frau Ries fragt an, ob die Nachtragssatzung mit den eingearbeiteten Änderungen direkt in die Ratsversammlung gehen kann. Die Anwesenden haben keine Einwände. Danach erfolgt die Abstimmung.

TOP 9	**Erlass einer 4. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Tornesch über die Entschädigung in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung)**

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt die der Vorlage anliegende 4. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Tornesch über die Entschädigung in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung) in der Fassung der 3. Nachtragssatzung vom 30.06.2010.

Abstimmungsergebnis:		
7 Ja-Stimmen	**2 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Herr Rahn ist mit den Aufwandsentschädigungen für die Schiedsleute einverstanden. Allerdings möchte seine Fraktion die Anpassung nicht zum jetzigen Zeitpunkt beschließen und schlägt vor, dass dies die neue Ratsversammlung machen sollte. Frau Fischer-Neumann erinnert daran, dass sich seinerzeit alle einig waren, dass die Anpassung noch von der alten Ratsversammlung beschlossen werden sollte. Eine eventuelle Absenkung kann dann ja die neue Ratsversammlung beschließen. Herr Radon schließt sich der Meinung von Frau Fischer-Neumann an. Im Anschluss daran erfolgt die Abstimmung.

TOP 10	**Austausch der Bestuhlung im Rathaus**

Beratungsverlauf:

Frau Fischer-Neumann hält es für sinnvoller, wenn ein Austausch der gesamten Tische und Stühle erfolgen könnte. Herr Rahn sieht zwar die Notwendigkeit eines Austausches, hält aber den Preis für zu hoch. Herr Radon schlägt vor, erst einmal die Fusionsgespräche abzuwarten und erst danach einen Beschluss zu fassen. Herr Werner schließt sich dem Vorschlag an und berichtet, dass beispielsweise der Kreis auch gebrauchtes Mobiliar gekauft hat. Die Verwaltung zieht daraufhin die Vorlage zurück. Eine geänderte Vorlage soll zu den nächsten Haushaltsberatungen eingebracht werden.

Tornesch, den 18.03.2013

Gunnar Werner Vorsitzender	Vera Ellerbrock Protokollführerin